

## Tagungsbericht zur internationalen Konferenz „The Second World War in Southeastern Europe“

Sabine Rutar, Boris Behnen, Thomas Lutz

Vom vierten bis sechsten Oktober 2017 fand eine von der Stiftung Topographie des Terrors, dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, dem Centre Marc Bloch und dem Haus der Wannsee-Konferenz geplante und von der Humboldt bzw. der Technischen Universität unterstützte Konferenz mit dem Titel „The Second World War in Southeastern Europe“ statt. Ohne die großzügige Förderung des Auswärtigen Amtes im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa wäre die Tagung nicht möglich gewesen. Geladen waren Expertinnen und Experten der Geschichts- und Sozialwissenschaften sowohl von südosteuropäischen als auch westeuropäischen und US-amerikanischen Institutionen. Teil des Programms waren außerdem zwei öffentliche Abendveranstaltungen, die einem interessierten Publikum einen Einstieg in die Geschichte des Weltkriegs in der Region und dessen Rezeption bieten sollten. Beide Abendveranstaltungen fanden in der Stiftung Topographie des Terrors statt, während die Konferenz für Expertinnen und Experten im Centre Marc Bloch tagte. Ziel der Konferenz war es, den Forschungsstand zur Geschichte Südosteuropas während des Zweiten Weltkriegs zu diskutieren und zukünftige Forschungsagenden zu formulieren. Diesem Ziel liegt zugrunde, dass der Region sowohl in der deutschen und internationalen Forschung als auch der Museumslandschaft bisher wenig Beachtung zukommt und somit ein dringender Bedarf besteht, die Geschichte der Region weiter in europäische Narrative zum Zweiten Weltkrieg einzuflechten.

Letzteres wird dadurch erschwert, dass Geschichte in den Ländern der Region häufig je nach Opportunität als Argumentationsgrundlage für das tagespolitische Geschehen instrumentalisiert wird. Während ein fachlicher Austausch inzwischen möglich ist, gibt es auf staats- bzw. parteipolitischer Ebene regelmäßig Dissonanzen, die einen Austausch oder die Umsetzung von gemeinsamen Projekten erschweren. Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die Kriege im zerfallenden Jugoslawien während der 1990er Jahre, die sich seitdem mit den Interpretationen des Weltkrieges vermischen.

Die Konferenz begann am Mittwochabend mit einer öffentlichen Diskussionsrunde in der Stiftung Topographie des Terrors. Thematisiert wurde, warum dieser „andere Krieg im Osten“

gewissermaßen ein Schattendasein in der Historiographie und im öffentlichen Bewusstsein in den westlichen Gesellschaften führt und was diesen Kriegsschauplatz von beispielsweise Polen oder der Sowjetunion unterscheidet. Michael Wildt (Berlin) erklärte, dass die Vernachlässigung der Region aufgrund eines imperialen Blicks der Machthaber eine lange Tradition habe. Diese hätten die Region und ihre Menschen stets als rückwärtig und primitiv erachtet und ihnen somit ihren Wert als Gegenstand einer wissenschaftlichen Beschäftigung abgesprochen. Dies wirke bis heute fort. Besonderheiten des Kriegsschauplatzes sah Michael Wildt zum einen bei der strategischen Ausgangslage aus der Sicht des Deutschen Reiches. Im Gegensatz zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hatten die Deutschen kein Interesse am Südosten im Sinne eines „Lebensraumkonzepts“. Militärisch ging es den Deutschen hier lediglich um eine Absicherung der Flanke des Krieges im Osten sowie um eine Ausbeutung der Ressourcen. Des Weiteren unterstrich Michael Wildt die Besonderheit des Gewaltgeschehens einer radikal ethnisierten Gewalt, beispielsweise der kroatischen Ustascha gegen die Serben. Dies in Beziehung zum Holocaust in der Region zu setzen sei außerordentlich anspruchsvoll aber dennoch für die Forschung ein signifikanter Schritt.

Xavier Bougarel (Paris) fügte dem hinzu, dass der Holocaust in der Erinnerung der Bevölkerung in Südosteuropa eine untergeordnete Rolle spiele, da die interethnischen Konflikte im Vordergrund stünden. Dies müsse von westeuropäischer Seite berücksichtigt werden.

Tatjana Tönsmeier (Wuppertal) plädierte für eine Auseinandersetzung mit der Region im Rahmen einer Neuverortung der wissenschaftlichen Herangehensweise an „Besatzung“ im Allgemeinen. Es müsse versucht werden, von der Fokussierung auf die militärischen Machthaber abzurücken und der Frage nachzugehen, was denn ein Leben unter Besatzung für die jeweilige Bevölkerung bedeute und was die Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten ausmache. Der enormen Komplexität, die eine derartige Herangehensweise für Südosteuropa ob des schwierigen Geflechts von Akteuren und Verhaltensweisen in sich birgt, müsse man sich zwangsläufig stellen, um eine differenzierte Sicht auf die Gesellschaftsgeschichte der Region während des Zweiten Weltkriegs zu erreichen.

Es kam die Frage auf, inwiefern ein europäisches Gedächtnis in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg sinnvoll oder möglich sei, ohne kolonialisierend zu wirken. Michael Wildt betonte, dass das deutsche Erfolgsmodell der Aufarbeitung nicht übertragbar sei und es insofern keine europäischen Normen für Aufarbeitung geben

könne. Tatjana Tönsmeier untermauerte dies damit, dass es vor allem nötig sei, die entsprechenden Länder in der Entwicklung einer stärkeren inneren Diskussion zu unterstützen.

Am Donnerstag begann die Konferenz für Expertinnen und Experten mit einem Einführungspanel zu transnationalen Perspektiven auf die Besatzung in der Region. Ben Shepherd (Glasgow) referierte eröffnend über „Hitlers Soldaten auf dem Balkan“. Er sprach aus der Sicht der jeweiligen Einheiten über verschiedene Strategien und Praktiken der deutschen Truppen, skizzierte Vergeltungsmaßnahmen an der Zivilbevölkerung und verwies darauf, wie rassistisch motivierte Gewalt gegen Slawen und Juden sich vermengten. Eine weitere, ebenfalls damit verknüpfte, Gewaltspirale war die sogenannte Bandenbekämpfung, also der Kampf gegen die Widerstandsbewegungen, vor allem die kommunistisch geführte Partisanenbewegung. Nicht zuletzt entfachte die deutsche Besatzungsmacht einen regelrechten Bürgerkrieg, in den sie auch zunehmend verstrickt wurde. Ein besonderes Augenmerk legte Shepherd auf die überwiegend aus Banater „Volksdeutschen“ konstituierte SS-Division Prinz Eugen, die sich in der Aufstandsbekämpfung durch ihr brutales Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung hervortat. Die Annahme, dass die zahlreichen Österreicher in den Reihen der deutschen Besatzungssoldaten in Serbien aus dem Kalkül einer aus dem Ersten Weltkrieg rührenden besonderen Feindschaft eingesetzt worden waren, die das Gewaltpotential nur steigerte, wurde jedoch in der Diskussion als ein von der Historiographie lange kolportiertes Stereotyp relativiert, das inzwischen eher widerlegt scheint.

Während Südosteuropa für das Deutsche Reich ein Nebenschauplatz des Krieges darstellte, hatte Italien ein ernsthaftes imperiales Interesse am gesamten adriatischen und ostmediterranen Raum. Dies wurde durch den Vortrag von Eric Gobetti (Turin) deutlich, der aufzeigte, dass das Expansionsbestreben Italiens nach Osten bereits lange vor der Machtübernahme der Faschisten begann. Zum Zeitpunkt seiner Kapitulation im September 1943 hielt Italien ein Territorium unter Besatzung, das Albanien sowie große Teile Jugoslawiens und Griechenlands einschloss. Fast die Hälfte aller italienischen Soldaten war während des Krieges auf dem Balkan eingesetzt. Darüber hinaus habe der Kriegsschauplatz für die italienische Propaganda ein besonderes Gewicht gehabt, da dort die einzigen militärischen Erfolge zu verzeichnen waren, wenn auch zumeist mit Unterstützung der deutschen Partner. Gobetti betonte, dass es zu vielen Aspekten der italienischen Besatzung

bisher an Studien fehle. Auch die Erinnerung an den Krieg in Südosteuropa habe in Italien lange Zeit kaum eine Rolle gespielt. Transnationale sowie vergleichende Studien zu den Positionen der Besatzungsmächte und der lokalen Behörden könnten Aufschluss über langfristige strategische Überlegungen, Kompetenzrängeleien sowie den Umgang der verschiedenen Besatzer mit den lokalen Gesellschaften liefern.

Einen weiteren Beitrag zu einer bisher nur begrenzt erfolgten vergleichenden Historiographie lieferte Zoran Janjetović (Belgrad) zur ökonomischen Ausbeutung der Region unter Besatzung. Er selbst konnte jedoch nicht erscheinen, weswegen sein Vortrag von Sabine Rutar (Regensburg) gehalten wurde.

Im letzten Beitrag des ersten Panels zu transnationalen Perspektiven vertiefte Tatjana Tönsmeier ihre Anmerkungen des Vorabends hinsichtlich einer Verstärkung der gesellschaftsgeschichtlichen Erforschung von Besatzung. Sie führte an, dass die Besatzung als Gesellschaftsgeschichte bisher einen geringen Widerhall in der Forschung gefunden habe. Bei Besatzung handle es sich nicht zuletzt um einen sozialen Prozess, um Interaktion mit den Besatzern und um das Bemühen, sich in der neuen, sich radikalierenden Situation zurechtzufinden bzw. zu überleben. Dies lasse sich beispielsweise anhand der Beteiligung an der deutschen Judenverfolgung aufzeigen. Einheimische agierten gemäß ihrer Interpretation der neuen Situation, was auch die Denunziation und den Raub von Eigentum einschloss. Bestehende anti-jüdische oder antisemitische Stereotype erfuhren dabei unter den Bedingungen der Besatzung und der von ihr freigesetzten Gewalt eine Aktivierung in Form unterschiedlicher Verfolgungspraktiken.

Konzeptionell sei Besatzung als eigener Erfahrungszusammenhang zu fassen. Dies im Blick könne man transnationale Narrative ausmachen und besonders die Shoa in größerem Rahmen kontextualisieren. Besatzungsrealitäten ließen sich in der Tat nur unzureichend in den zu dichotomischen und zu ideologisierten Kategorien des bystanders oder von Widerstand und Kollaboration beschreiben.

Das zweite Panel mit dem Titel „Resistance and Collaboration. Shifting Loyalties“ lotete eben die Vielfalt der Handlungsfelder zwischen den Polen „Widerstand“ und „Kollaboration“ aus. Als Auftakt stellte Bojan Aleksov (London) sein Forschungsprojekt zu jüdischen Flüchtlingen vor, die vor den Verfolgungen in den

Städten wie Berlin, Prag oder Wien auf den Balkan flohen. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Interaktion dieser Flüchtlinge mit der jüdischen aber auch nicht-jüdischen Bevölkerung vor Ort. Als wichtige Quellen greift Aleksov auf Memoiren zurück. Ziel sei es nicht zuletzt, den Balkan als Zufluchts- und Überlebensort zu konturieren, eine bislang nur oberflächlich bekannte Seite der Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

Xavier Bougarel (Paris) betonte in seinem Vortrag über Kollaboration und Widerstand in Jugoslawien die Verschiebung der Bedeutung ethnischer und ideologischer Zuschreibungskategorien im Kriegsverlauf. Im Mittelpunkt stand die überwiegend bosnisch-muslimische SS-Division Handžar, die Formen der Rekrutierung und die Beweggründe der Rekruten, die von ideologischer Überzeugung über materielle Anreize zu Zwangsmobilisierung reichten. Bougarel betonte die Bedeutung des Dorfes als maßgeblicher Entität, die nicht zuletzt dadurch geschaffen wurde, dass die deutschen Besatzer eine homogene Dorfgemeinschaft annahmen, die beispielsweise hinsichtlich der Versorgung, aber auch der Bestrafung als ein Kollektiv anzusehen war. Dies, so Bougarel, habe es für den Einzelnen außerordentlich schwer gemacht, Loyalitäten individuell zu verhandeln.

Spyros Tsoutsoumpis (Manchester) sprach anschließend über die Beziehung von Zivilisten, insbesondere der Bauernschaft, und Guerillakämpfern in den befreiten Regionen während der Besetzung in Griechenland. Da der Nationalen Befreiungsfront (EAM) bzw. der Volksbefreiungsarmee (ELAS) die Aussichtslosigkeit einer rein militärischen Bekämpfung der Besatzer bewusst war, setzte sie verstärkt auf eine widerständische Verwaltung der befreiten Zonen. Um Einfluss in die ländlichen Gemeinschaften zu erhalten und die Macht zu übernehmen, griff die ELAS zu verschiedenen Mitteln, nicht zuletzt auch zur Anwendung von Gewalt und dem Austausch oder der Auslöschung von lokalen Eliten. Mit Hilfe verschiedener Taktiken konnte die ELAS zeitweise ein großes Territorium kontrollieren und ihr Unternehmen durch Steuererhebungen und britische Hilfen auf eine stabile finanzielle Basis stellen. Teilweise übernahm sie in den befreiten Zonen quasi-staatliche Funktionen wie Gesundheitsversorgung oder Schulbildung. Entgegen der häufigen Annahme, die Guerillabewegung habe sich an die Spitze der Kommunen gesetzt und die ländliche Bevölkerung von oben herab regiert, geht Tsoutsoumpis von einer differenzierteren Interpretation aus. Demnach hatten die Bauern durchaus eigene Agenden und nutzen die neuen Begebenheiten, um lokale Streitigkeiten auszutragen oder Rivalen unter dem Deckmantel des

Befreiungskampfes auszuschalten. Zudem konnten sie, zum Beispiel bei der Zurverfügungstellung von Lebensmitteln, durchaus Druck auf die ELAS ausüben, wenn es um Belange wie der Steuererhebung usw. ging.

Als letzten Beitrag zum zweiten Panel stellte Svetlana Suveica (Regensburg) ihre Forschungsergebnisse zum Thema Loyalitäten bei wechselnden Besatzungs- und Machtverhältnissen am Beispiel der Berufsgruppe der Beamten in Bessarabien vor. Gerade die Beamten, so Suveica, stünden an der Schnittstelle zwischen Herrschern und Beherrschten; ihre Loyalität sei ein wichtiger Faktor für die Stabilität eines Regimes. Eine zentrale Frage sei, wie die bessarabischen Beamten mit den Versuchen des sowjetischen und des rumänischen Regimes umgingen, ihre Loyalität zu kontrollieren. Beiden Regimen sei bewusst gewesen, dass die Beamten mit ihrem Wissen über die lokalen Begebenheiten ein wichtiger Faktor für eine effektive Besatzungsverwaltung waren. Die Bewertung von Loyalität sei aber stets situationsabhängig geblieben und folgte keinen für die Einzelnen nachvollziehbaren Kriterien. Insgesamt gilt, dass die höheren Beamten bei den Regimewechseln Bessarabien verließen, um einer Verfolgung zu entgehen, während die untere Beamtenschicht zum größten Teil, vor allem aus persönlichen Gründen, vor Ort blieb und sich pragmatisch den jeweils geltenden politischen Umständen anpasste. Entgegen der vorherrschenden lokalen, und sich widersprechenden, Narrative, die den Krieg durch das kategorische Prisma Besatzung versus Befreiung interpretieren, lassen sich zumindest auf lokaler Ebene in den Verwaltungen eher Kontinuitäten als Brüche nachweisen.

Zur zweiten öffentlichen Veranstaltung am Donnerstagabend waren Diskutantinnen und Diskutanten geladen, Besonderheiten der Judenverfolgung und des Holocausts in den Ländern des südöstlichen Europas herauszustellen und in der Shoa-Forschung zu verorten. Susanne Heim (Berlin) moderierte den Abend, Expertinnen und Experten waren Marija Vulesica (Berlin) zum Unabhängigen Staat Kroatien, Iason Chandrinos (Berlin) zu Griechenland, Diana Dumitru (Chişinău) zu Rumänien und Moldova sowie Nadège Ragaru (Paris) zu Bulgarien und Mazedonien. Sie erläuterten die Kontexte in den genannten Ländern und Regionen vor der Besatzungszeit, zum Beispiel antisemitische Gesetzgebungen oder den Grad der Integration der jüdischen Bevölkerung. Die Fragen drehten sich unter anderem um Tätergruppen und die Mitwirkung lokaler Behörden bei der Verfolgung sowie um die Solidarisierung der nicht-jüdischen

Bevölkerung. Auch die Erinnerungspraxis und -politik heute an den Holocaust in den einzelnen Ländern wurde thematisiert. Zumeist spielt diese im öffentlichen Raum kaum eine Rolle. Das Publikum erlangte vergleichende Einblicke in die Besonderheiten des Massenverbrechens in den südosteuropäischen Ländern.

Das dritte Panel am nächsten Morgen zum Thema “War, Economy and Regimes of Supply” wurde mit einer Projektvorstellung von Sanela Schmid (Nürnberg) und Christian Schölzel (Berlin) zum Thema “‘Aryanization’ and Jewish property in the Context of Supply Regimes in Yugoslavia” eröffnet. Das Forschungsprojekt, so die beiden Vortragenden, solle in den kommenden Jahren die Enteignung der Juden, aber auch anderer Verfolgtengruppen, in Jugoslawien ab 1940 untersuchen. Schwerpunkte lägen zum einen auf Serbien unter deutscher Besatzung und dem neu etablierten Unabhängigen Staat Kroatien, zum anderen jeweils auf urbanen Zentren wie Belgrad oder Zagreb sowie kleinere Orte in der Peripherie.

Im Anschluss sprach Sabine Rutar über die Versorgung von Minenarbeitern während des Krieges in Jugoslawien.

Zum Abschluss des Panels sprach Paolo Fonzi (Berlin) über Griechenland unter deutscher und italienischer Besatzung im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die kriegsbedingte Hungersnot in Griechenland schrieb Fonzi der Abhängigkeit Griechenlands von Importen bereits vor dem Krieg zu, die mit Kriegsausbruch zum Erliegen kamen, in Kombination mit schlechten Ernten während der Besatzungsjahre. Insgesamt habe die Besatzung verheerend auf die griechische Wirtschaft gewirkt, durch die hohen Besatzungskosten, Beschlagnahmungen von Gütern und Ressourcen innerhalb Griechenlands sowie dem Export nach Italien und Deutschland. Erst das schwedische Hilfsprogramm ab April 1942 brachte Erleichterung. Fonzi zeigte auf, wie die Versorgung der Bevölkerung und die politischen Interessen der Besatzungsregime in Beziehung zueinander stehen. Italien habe früh verstanden, dass die Lebensmittelversorgung ein entscheidender Faktor für die Schaffung politischer Legitimität war und versorgte gezielt jene Regionen, die es nach dem Krieg anzugliedern beabsichtigte. Deutschland hingegen habe keine politischen Interessen in der Region gehabt und die Versorgung Italien überlassen. Fonzi verdeutlichte am Beispiel Griechenlands, wie sehr die Politisierung der Lebensmittelversorgung als ein generellerer Faktor zu betrachten sei, wie Verhungernlassen, das

Ausnutzen von Engpässen bei der Versorgung für politische Ziele, und selbst das (selektive) Bereitstellen von Lebensmitteln.

Im anschließenden Round Table diskutierten vier Expertinnen und Experten über Dynamiken der Gewalt im Krieg. Tomislav Dulić (Uppsala), Stathis Kalyvas (New Haven), Nadège Ragaru (Paris) und Polymeris Voglis (Athen) ergingen sich in einem intellektuellen Feuerwerk und stellten ihre Standpunkte im Kontext der neueren Gewaltforschung gegenüber. Voglis griff Aspekte der Militarisierung der griechischen Gesellschaft auf, welche relevant für die Erklärung der Gewaltdynamiken sei. Die Balkankriege 1912/13, der Erste Weltkrieg und der griechisch-türkische Krieg gingen dem Zweiten Weltkrieg voraus und prägten die Gewalterfahrung der Menschen. In den 1930er Jahren militarisierte sich der griechische Staat zunehmend. Nach dem Ausbruch des Krieges war dessen Autorität zunehmend geschwächt, während der bewaffnete Widerstand sich zu einer Bewegung auswuchs, was nicht zuletzt die Brutalisierung der Besatzungsmächte konditionierte.

Kalyvas (New Haven) verwies zunächst darauf, dass selektive und wahllose Formen von Gewalt methodisch ebenso zu unterscheiden seien wie unterschiedliche Ausprägungen von Gewaltausübung. Auch die verschiedenen analytischen Ebenen gälte es zu beachten und zu verknüpfen: Die Mikro-Ebene des Individuums oder eines Ortes, die Meso-Ebene, einer Personengruppe oder Region, und die Makro-Ebene, die er als die staatliche definierte. Tomislav Dulić (Uppsala) fügte dem hinzu, dass in der Erforschung von Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen die Motivlagen zu differenzieren seien, beispielsweise Gewalt zur Kontrolle über Menschen oder Territorien, Gewalt zum Niederzwingen von Widerstand, oder exterminatorische Gewalt.

#Nadège Ragaru

Das letzte Panel der Konferenz schließlich beschäftigte sich der Vermittlung der Geschichte des Krieges, mit Erinnerungskulturen, mit „systematischem Vergessen“ und mit dem Werden und dem Wandel von Meistererzählungen. Den Auftakt gab Ivo Pejaković (Zagreb) mit einem Überblick über die politische Instrumentalisierung der Opfer des KZ Jasenovac. Der Ausgangspunkt war die Friedenskonferenz in Paris 1946, in deren Zuge die Zahl der Kriegsoffer in Jugoslawien, darunter auch die Opfer des KZ Jasenovac, stark übertrieben wurde, um entsprechende Reparationszahlungen zu beanspruchen. Eine erste empirische Studie ermittelte 1964 wesentlich niedrigere Zahlen, was politisch unerwünscht war, weswegen die älteren Zahlen die

offiziellen blieben. Erst 1998 konnten die Ergebnisse veröffentlicht werden. Seit 2005 betreibe die Gedenkstätte Jasenovac, so Pejaković, ein Forschungsprojekt auf der Basis dieser und weiterer älterer Studien und werte neue Archivfunde, Akten von Meldeämtern und andere Quellen aus. Die Zahl der Weltkriegsopfer sei in Kroatien bis heute kontrovers und weiterhin würden willkürliche Zahlen genannt, um politische Gegner zu diffamieren.

Annette Weinke (Jena) wies anhand des Nürnberger Prozesses gegen die sogenannten Südost-Generäle darauf hin, dass auch in Deutschland die Aufmerksamkeit auf die südosteuropäische Geschichte des Weltkrieges von jeher schwach ausgeprägt ist. Eine justizielle Vernachlässigung der Kriegsverbrechen nach 1945 und der Mangel an akademischer und öffentlicher Debatte zu den Kriegsschauplätzen in Südosteuropa seien miteinander verbunden. Als einen Grund führte Weinke das zweifelhafte Erbe des sogenannten Geiselmord-Prozesses gegen die Südost-Generäle an. Die Hauptankläger hätten zum einen den exterminatorischen und rassistischen Vorsatz der deutschen Kriegsführung gebrandmarkt, zum anderen jedoch vermieden, das Erschießen von Geiseln als legitime Vergeltungsmaßnahme zu hinterfragen. Aufgrund der rechtlichen Unsicherheiten bei der Definition des Konzepts der „Vergeltung“ verblieben die amerikanischen Richter bei einer stark konservativen Deutung des humanitären Völkerrechts und stellten somit das Recht auf militärischen Widerstand gegen Besatzung in Frage. Debatten zu einer Revision der Genfer Konvention und der eskalierende Ost-West-Konflikt ermöglichten es den Verteidigern, die Kriegsführung gegen die Partisanen als einen legitimen Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus zu definieren. Nicht zuletzt gehörten eben jene angeklagten Generäle nach ihrer Freilassung zu den wichtigsten Historikern der Kriegszeit und hatten somit Gelegenheit, die Erinnerung maßgeblich mitzuformen.

In Rumänien, so Felicia Waldman (Bukarest), wurde die Erinnerung an den Weltkrieg während der kommunistischen Zeit von der Schablone „Opfer des Faschismus“ geprägt und die Shoa tabuisiert. Seit den 1990er-Jahren entstand dann eine Opfer-Konkurrenz der Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und an die kommunistische Unterdrückung. In Bezug auf den Judenmord stellte Waldman ein Konzept der Geschichtsvermittlung vor, das sie für Schülerinnen und Schüler entwickelt habe. Dabei gehe es in gleicher Weise darum, die Shoa zu vermitteln wie das Leben im Shtetl vorher - nur so gebe es eine Chance der jungen Generation das Ausmaß der Zerstörung näher zu bringen.

Abschließend referierte Falk Pingel (Bielefeld) über die Darstellung des Zweiten Weltkrieges und der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre in deutschen Schulbüchern. Was den Weltkrieg betrifft, habe sich das traditionelle Bild einer Geschichte der Schlachten, Fronten und Konflikte zwischen Nationen zu einem Fokus auf die menschlichen oder materiellen Verluste gewandelt, mithin zu einem Bild, das die Schrecken des Krieges in den Vordergrund stellt. Die Jugoslawienkriege der 1990er-Jahre würden in westeuropäischen Schulbüchern als Unabhängigkeitskriege dargestellt. Ein Fokus liege auch auf der Frage nach der Berechtigung einer internationalen Intervention angesichts von Krieg und Kriegsverbrechen. Die Konflikte in Jugoslawien werden den friedlichen Umbrüchen in anderen sozialistischen Gesellschaften, allen voran die DDR, gegenübergestellt.

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens hingegen dienten, so Pingel, die Interpretationsraster des Zweiten Weltkriegs geradezu als Blaupause für die jugoslawischen Zerfallskriege: die Viktimisierung der eigenen Volksgruppe, die Generalisierung des Genozid-Begriffes sowie die Marginalisierung des Holocaust. Insbesondere in Kroatien sei eine Rückkehr zu traditionellen Bildern des Krieges zu beobachten, wie dem des heldenhaften Kriegers im sogenannten Vaterländischen Krieg 1991-1995. Bis 2010 seien Schwarz-Weiß-Muster eines kollektiven Aggressors (Serbien) und eines kollektiven Opfers (Kroatien) in den Schulbüchern die Regel gewesen - die Beteiligung Kroatiens im Bosnienkrieg 1992-1995 sei nicht erwähnt worden; kroatische Verbrechen würden relativiert. In den letzten Jahren seien Lehrpläne entwickelt worden, die den Blick stärker auf Bürger- und Menschenrechte richten. In manchen Schulbüchern werde nun das Leid der serbischen Minderheit in Kroatien während des Krieges thematisiert, was jedoch regelmäßig zu politischen Debatten und Skandalen führe.

Die Tagung bot nicht nur ein wichtiges Forum für den Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten und analogen Forschungsfragen. Man war sich einig, dass die Diskussion fortgesetzt, die Forschungen transnationalisiert und die stärkere Einbettung in internationale Forschungskontexte vonnöten sei, um das südöstliche Europa zu einem integralen Teil der Forschung zum Krieg und zur Shoa zu machen. Im Sinne einer Sozialgeschichte besetzter Gesellschaften solle künftig ein Fokus auf vergleichende lokale Studien gesetzt werden, mit dem Ziel, die

Politisierung der Narrative zu überwinden und soziale Kontexte differenziert zu rekonstruieren. Nicht zuletzt waren sich alle Teilnehmenden einig, dass neue Forschungen zum „anderen Krieg im Osten“ auch für die Weltkriegsgeschichte der anderen europäischen (und globalen) Regionen innovative Einsichten bereithalten (werden).

